

Schulgesetzdebatte – „Rückabwicklung“ oder „Fortschritt“? |

Bildungsmonitor 2010 | Beratungshotline Mutterschutz und Elternzeit

Orientierungswächsel

Bedarfsgerechte
Schulangebote
als Zukunftsmodell

Aus unserer Sicht	▶ Schuljahrespressekonferenz.....	2
Thema	▶ Bedarfsgerechte Schulangebote als Zukunftsmodell.....	4-6
Landtag	▶ Schulgesetzdebatte – „Rückabwicklung“ oder „Fortschritt“?	7-8
	▶ Die neue Landesregierung.....	8
Berufspolitik	▶ Die Wahrheit über die Beamtenversorgung	9
	▶ Hotline „Mutterschutz und Elternzeit“	10
	▶ Häusliches Arbeitszimmer – Gute Nachricht für Lehrer	11
Tipps	▶ Surfen, Shoppen, Sparen in der dbb vorteilswelt	12
	▶ Infos und Technik.....	13
Bildungspolitik	▶ Bildungsmonitor 2010 – VBE: Erneut kein gutes Zeugnis für NRW	14
VBE-Newsletter	▶ Nachrichten aus dem Bundesverband	15-16
VBE-regional	▶ Nachruf Franz-Josef Rinkens.....	17
	▶ OV Arnsberg, StV Bochum, KV Gütersloh, BV Detmold	17-19
	▶ Demenz – ein unausweichliches Altersschicksal?.....	19
Medien	▶ Der KrisenKompass – Prävention und Intervention.....	20-21
	▶ Büchermarkt.....	21

Aus unserer Sicht

Schuljahrespressekonferenz

Liebe Kolleginnen und Kollegen,



am letzten Tag der Sommerferien hat Schulministerin Sylvia Löhrmann ihre erste Schuljahrespressekonferenz abgehalten. Die große Anzahl der anwesenden Journalisten dokumentierte die hohen Erwartungen.

Das vorgestellte (übliche) Zahlenwerk belegte erneut, dass die rückläufigen Schülerzahlen insbesondere zu Lasten der Hauptschule gehen. Ansonsten gab es über die bekannten Meldungen der letzten Wochen wenig Neues.

Eine positive Botschaft war, dass die von der Landesregierung gewünschten Veränderungen im nordrhein-westfälischen Schulsystem mit Augenmaß vorgenommen werden sollen. Dies lässt sich an zwei Punkten festmachen: Zum Einen daran, dass die Landesregierung die Entscheidung, ob und an welchen Standorten Gemeinschaftsschulen entstehen, den Schulträgern und den Schulen vor Ort überlässt. Zum Anderen, dass Ministerin Löhrmann und Ministerpräsidentin Kraft gemeinsam alle an Schule Beteiligten zu einer nordrhein-westfälischen Bildungskonferenz einladen, die die Weiterentwicklung des Schul-

systems begleiten soll. Die Einrichtung dieser Konferenz entspricht einer langjährigen Forderung des VBE. Wir hatten den ehemaligen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers in der Vergangenheit mehrfach gebeten eine solche einzurichten, weil die notwendigen Veränderungen des Schulsystems aus unserer Sicht nur dann gelingen werden, wenn diese von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen werden.

Als Antwort auf den demografischen Wandel und den unheilvollen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen setzt die Landesregierung auf die Einführung der Gemeinschaftsschule, die dem VBE-Modell der Allgemeinen Sekundarschule entspricht. Die konkreten Rahmenbedingungen und Genehmigungsvoraussetzungen für die Errichtung der Gemeinschaftsschule werden zurzeit im MSW erarbeitet. Deutlich ist aber schon jetzt, dass die Landesregierung darauf achten wird, dass die Einrichtung der Gemeinschaftsschule in der einen Gemeinde nicht zur Versteppung der Schullandschaft in einer anderen Gemeinde führt.



Foto: Alex Büttner, MSW NRW

Der VBE unterstützt, dass die neue Schulform, die das längere gemeinsame Lernen mit einer heterogenen Schülerschaft zum Ziel hat, entsprechende Rahmenbedingungen erhalten soll. Dies darf aus Sicht des VBE aber nicht bedeuten, dass die Rahmenbedingungen für die Gemeinschaftsschule auf dem Rücken der Lehrenden und Lernenden der anderen Schulformen erwirtschaftet werden. Zudem gibt es zahlreiche Probleme, die anzugehen sind und alle Schulformen betreffen, z. B. die Schaffung kleinerer Klassen, die Absenkung der Lehrer-

arbeitszeit oder die Errichtung von Unterstützungssystemen für alle Schulen.

Es gibt uns zudem erneut die Gelegenheit, die Landesregierung darauf hinzuweisen, dass eigentlich die Grundschule die Schulform mit der heterogensten Schülerschaft ist. Wir fordern daher, dass auch ihr endlich die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zugestanden werden. Die Ankündigung der Ministerin, den Ausbau des Ganztags an allen Schulformen fortzusetzen und den Grundschulen hierfür eine verbesserte finanzielle Grundlage geben zu wollen, ist positiv zu bewerten.

Dass die Landesregierung sich darauf verständigt hat, die aus dem Schülerrückgang frei werdenden Mittel im System zu belassen, lässt hoffen, dass die von Eltern, Lehrern und Schülern erwarteten Verbesserungen im Schulsystem von der Absenkung der Klassengröße bis hin zu einer angemessenen Bezahlung der Lehrkräfte Schritt für Schritt abgearbeitet werden. Wir werden weiter dafür streiten, dass die Landesregierung dies nicht aus dem Blick verliert.

Landesvorsitzender VBE NRW

Impressum:

SCHULE HEUTE – Information und Meinung
erscheint monatlich – mindestens zehnmal jährlich

Herausgeber und Anzeigenverwaltung:
Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.
Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer,
Erzieherinnen und Erzieher im dbb NRW,
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
Telefon (02 31) 42 57 57 0, Fax (02 31) 42 57 57 10

Produktion und Anzeigenverwaltung:
VBE Verlag NRW GmbH
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
Telefon (02 31) 42 00 61, Fax (02 31) 43 38 64
Internet: www.vbe-verlag.de, E-Mail: redaktion@schuleheute.de
E-Mail Anzeigenverwaltung: info@vbe-verlag.de

Redaktion:
Herbert Boßhammer (Schriftleiter),
VBE-Landesverband NRW, Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
Telefon: 0251/3 84 87 81; Telefax: 0251/38 48 782
E-Mail: h.bosshammer(at)vbe-nrw.de
Udo Beckmann
E-Mail: redaktion(at)schuleheute.de
Internet: www.vbe-nrw.de

Druck:
Gebrüder Wilke GmbH, Oberallener Weg 1, 59069 Hamm

Satz und Layout: my-server.de GmbH
Wambeler Hellweg 152, 44143 Dortmund
in Zusammenarbeit mit Kirsch Kürmann Design
Wittekindstr. 11, 44139 Dortmund
Fotos Seite 5, 11 (unten), 12, 13, und 19 (unten): Fotolia.de;
S. 9: Photocase/Miss X, S. 10: Photocase/dkoche
S. 11 oben: Photocase/una.knipsolina, S.14: Photocase/Venture

Anschriftenverwaltung:
VBE-Landesgeschäftsstelle, Westfalendamm 247, 44141 Dortmund

Mitglieder erhalten diese Zeitschrift **kostenlos als Verbandsorgan**.
Abonnement 19,00 EUR, Einzelheft 2,00 EUR, zuzüglich Versandkosten.
Bei Nichtlieferung infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch.
Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben
keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der
Information nicht hergeleitet werden.

Die Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Ein Nachdruck, ganz oder
teilweise, ist nur mit der Genehmigung der Redaktion, die wir gern
erteilen, zu gezeichneten Beiträgen mit der des Verfassers bei
Zusendung eines Belegexemplares gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.
Die Einsender erklären sich mit einer redaktionellen Prüfung und
Bearbeitung der Vorlage einverstanden. Die Rücksendung erfolgt nur,
wenn ausreichendes Rückporto beiliegt. Die Redaktion behält sich vor,
redaktionelle Kürzungen der eingesandten Texte vor der Veröffentlichung
vorzunehmen. Die Besprechung ohne Aufforderung zugesandter Bücher
bleibt der Redaktion vorbehalten.

Die namentlich gekennzeichneten Artikel geben die Ansicht der Verfasser
wieder und entsprechen nicht in jedem Fall der Redaktionsmeinung.

Redaktionsschluss jeder Ausgabe ist der 1. des Vormonats.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Beilage, wenn erschienen: Der öffentliche Dienst an Rhein und Ruhr.

ISSN-Nr.: 0342-751X

NRW auf dem Weg zum Schulkonsens?

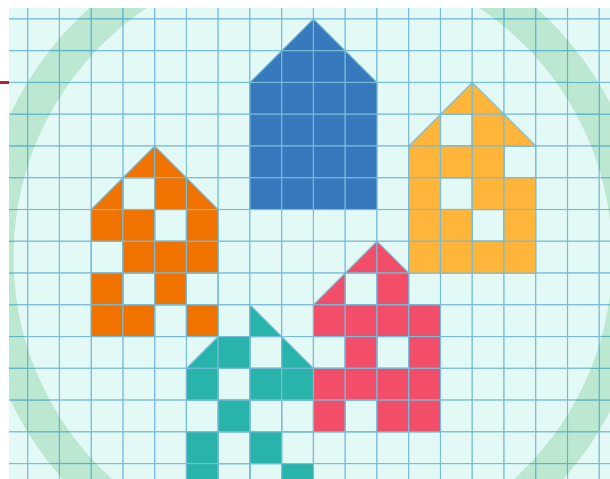
Dass der FDP-Landesvorsitzende Andreas Pinkwart sich beim Thema Gemeinschaftsschule gesprächsbereit zeigt, begrüßt der VBE ausdrücklich. Die Pläne der Landesregierung, die Entscheidung über die Errichtung von Gemeinschaftsschulen Kommunen und Schulen zu überlassen, entsprechen liberalem Gedankengut und sollten deshalb auch von der FDP mitgetragen werden können.

Angesichts der demografischen und gesellschaftlichen Veränderungen müssen die Zeiten vorbei sein, in denen die Parteien sich in schulpolitischen Fragen Schulpolitik wie eine Art Kriegszustand organisierten. Die Schulministerin hat mit ihrer Einladung zu einer Bildungskonferenz bereits den ersten Schritt getan, um das alte Lagerdenken aufzubrechen.

Zumindest die Parteispitzen von SPD, Grünen und FDP sollten sich nun zügig an einen Tisch setzen und sich um einen Konsens zu bemühen. Noch schöner wäre es, wenn alle im Landtag vertretenen Parteien dafür gewonnen werden könnten. Dann könnte NRW nach Bremen das zweite Land sein, das den jahrzehntelangen schulpolitischen Grundsatzstreit beendet.

VBE-Pressedienst vom 31.8.2010

Bedarfsgerechte Schulangebote als Zukunftsmodell



Dr. Ernst Rösner,
Schulentwicklungs-
forscher

Immer mehr kommunale Schulträger müssen erkennen, dass allein der Bestand einer örtlichen Schule keine hinreichende Überlebensvoraussetzung mehr ist. Sinkende Schülerzahlen in Verbindung mit einer unaufhaltsamen Nachfragesteigerung nach anspruchsvollen Bildungsgängen führen zur Erosion der vertrauten Angebotsformen jenseits des Gymnasiums.

Auf dem Weg zu Angeboten ohne Nachfrage?

Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen schaffen Angebote ihre eigene Nachfrage. Lange bestimmte dies Muster auch die Nachfrage nach örtlichen Schulen. Inzwischen gilt das nur noch bedingt.

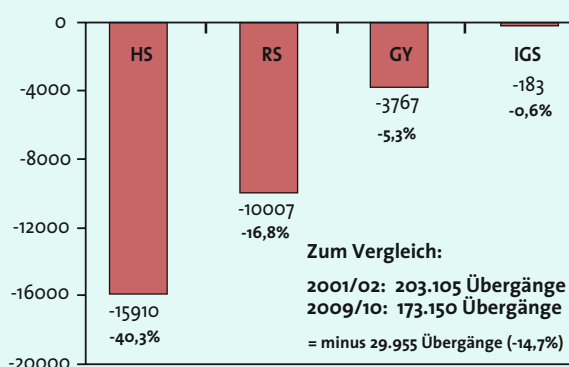
Klassischer Lesart folgend, finden sich im Umfeld der kommunalen Bildungsangebote erstaunliche Übereinstimmungen zwischen Art und Umfang angebotener Bildungsgänge und der Verbreitung der jeweils kongenialen Begabungen. Dieser bemerkenswerte Zusammenhang zwischen örtlichen Bildungsangeboten und ihrer Frequentierung ließ sich bis vor wenigen Jahren auch bei Hauptschulen nachweisen. Wo der Fortbestand einer Hauptschule als einziger weiterführender Schule in ihrem Umfeld von den Übergangsquoten der Grundschulen abhängig war, fanden sich oftmals grotesk anmutende Abweichungen vom Landesdurchschnitt.

In jüngerer Zeit aber ist dieser Zusammenhang in Auflösung begriffen. Die wohnungsnah Erreichbarkeit einer Hauptschule ist für Eltern kein Vorteil mehr. Für anspruchsvollere Bildungsgänge und erhoffte höherwertige Schulabschlüsse werden den Kindern immer häufiger längere Schulwege zugemutet.

Mit der sukzessiven Auflösung der Hauptschule gerät auch der Bildungsgang der Realschule erstmals in seiner Geschichte in eine bedrohliche Schiefelage. Über Jahrzehnte war es der Realschule gelungen, Verluste an das stetig expandierende Gymnasium durch Zugänge aus dem Potenzial der Volks- und Hauptschulen auszugleichen. Mehr noch: Über einen langen Zeitraum überstieg die Zahl der Zugewinne die der Verluste beträchtlich – so erklärt sich die gleichzeitige Expansion von Realschulen wie von Gymnasien und der entsprechend drastische Schülerzahlrückgang der Hauptschulen. Wenn aber, wie

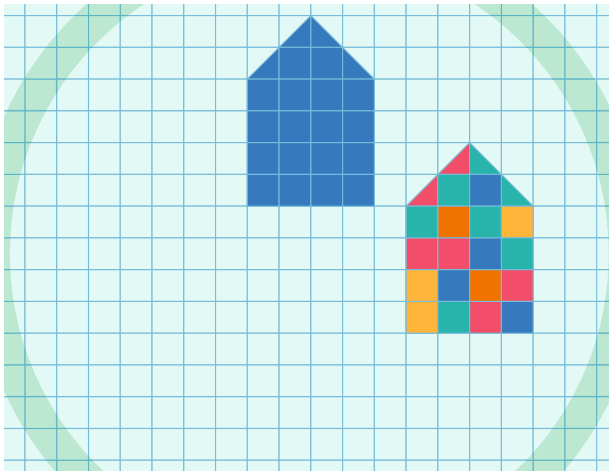
zunehmend festzustellen ist, der Bildungsgang des Gymnasiums auf Kosten der Realschule weiter expandiert, ohne dass ein qualitativ und quantitativ ausreichendes Reservoir aus dem Fundus der Hauptschule zu akquirieren ist, führt eine solche Entwicklung die Realschule unweigerlich auf die Verliererstraße. Die Folgen zeigen sich allenthalben, bei sinkenden Neuaufnahmezahlen der Realschulen (vgl. Abb. 1) ebenso wie bei einer wachsenden Zahl von Realschulen, die die gesetzlich vorgeschriebene Mindestschülerzahl von 56 nicht mehr erreichen, manche davon schon seit mehreren Jahren.

Abb. 1: Schülerzahlveränderung: Übergänge ins 5. Schuljahr (Nordrhein-Westfalen 2001/02- 2009/10)



Nicht einmal das vermeintlich robuste Gymnasium kommt ungeschoren davon. Nach übereinstimmenden Berichten aus Gesamtschulen wie auch aus Gymnasien hat in jüngster Zeit die Zahl der Eltern zugenommen, die einer Gesamtschule den Vorzug vor einem Gymnasium geben. Ein weiteres Schuljahr bis zum Abitur in gesichertem Ganztagsbetrieb ist offenbar auch für Eltern gymnasial geeigneter Kinder ein starkes Argument.

Etwas kommt hinzu: Für eine wachsende Zahl von Eltern sind die bildungspolitischen Grabenkämpfe um Drei-



gliedrigkeit vs. Integration uninteressant geworden. Wenn heute die Mehrzahl der Grundschülereltern längeres gemeinsames Lernen wünscht, wird damit die Hochschulreife als Ziel nicht infrage gestellt. Die Sicht auf die „richtige“ Schule ist pragmatischer geworden. Integrierter Unterricht verliert bei Eltern ebenso seinen Schrecken wie weiland die Ganztagschule.

Angebotsorientierte Schullandschaften haben sich überlebt.

Zusammengenommen folgt daraus für kommunale Schulentwicklungsplanung eine Erkenntnis, die für manchen Schulträger bitter sein dürfte: Angebotsorientierte Schullandschaften haben sich überlebt. Äußere Merkmale wie Gebäudequalität und Ausstattung werden nachrangig, und selbst erstklassige pädagogische Arbeit eines engagierten Kollegiums findet keine Entsprechung beim Schulwahlverhalten. Was zählt, ist die Attraktivität des Bildungsgangs, und das ist letztlich sein Abiturversprechen.

Eine Lenkung des Schüleraufkommens in einzelne Bildungsgänge war immer schon ein Mythos. Tatsächlich verweist die Analyse aller Entwicklungslinien der letzten Jahrzehnte auf ein Scheitern der vielfältigen politischen Bemühungen, die Bildungsaspirationen der Eltern substanziell beeinflussen zu können. Das gilt im Grundsatz für alle Bundesländer, wenn auch mit unterschiedlich starken Ausprägungen. Das Maximum des bildungspolitisch Erreichbaren ist offenbar eine Verzögerung dieses Prozesses, aber nicht eine Stagnation, schon gar nicht seine Umkehrung.

Was ist bedarfsgerecht?

Salopp geantwortet: Bedarfsgerecht ist, was aus Sicht der Eltern ihren Kindern nützt, aus Sicht der Wirtschaft qualifizierten Nachwuchs erwarten lässt, aus Sicht der Schulträger das örtliche Bildungswesen als Standortfaktor stärkt.

Die Eltern

Betrachten wir zunächst die Bildungsaspirationen der Eltern als wirksamste Einflussgröße auf den Wandel der Schulsysteme. Unverändert gilt, dass die Schulwahlwünsche und die damit stark korrelierenden Entscheidungen der Eltern die zentrale Ursache der Veränderung in der bundesdeutschen Bildungslandschaft darstellen. Eltern wissen, dass der soziale Status einer Familie maßgeblich durch die berufliche Tätigkeit der Erwachsenen definiert wird. Wenn aber die Einmündung der Nachfahren in den beruflichen Status der Eltern in der Regel höhere Schulabschlüsse bedingt, entscheiden sich von Jahr zu Jahr mehr Eltern für Bildungsgänge mit höherwertigen Abschlussoptionen. Nicht Aufstieg also, sondern Vermeidung eines sozialen Abstiegs. Dagegen ist politisch kein Kraut gewachsen, wie alle Länderdaten übereinstimmend belegen.

Wirtschaft und Schulträger

Schleswig-Holstein als Flächenstaat zeigt eindrucksvoll, wie sich kommunaler Pragmatismus gegenüber politischen Überzeugungen auf der Ebene der Landespolitik durchsetzen kann. Mit Gemeinschaftsschulen sahen die Stadtpitzen in ländlichen Regionen die Chance, endlich das zu bekommen, was mit traditionellen Strukturen unerreichbar war: wohnungsnahe oder zumindest wohnortnahe gymnasiale Standards. Auspendeln in Gymnasien der Städte erübrigte sich. Die neue Schule wurde damit zu einem Standortfaktor von wachsender Bedeutung, und zwar

- für die Identität eines Ortes XE „Identität eines Ortes“ als Wohn-, Lebens-, Arbeits- und Freizeitraum im Bewusstsein seiner Einwohnerinnen und Einwohner,
- für die örtliche Wirtschaft XE „Wirtschaft:örtliche“ (gut ausgebildete Nachwuchskräfte und gute Schulen für die Kinder der Beschäftigten),
- für die Konsumbindung am Wohnort, die tendenziell verloren geht, wenn immer mehr Kinder in auswärtige Standorte auspendeln.

Vor diesem Hintergrund sind kommunale Bildungsangebote längst zu „harten“ Standortfaktoren geworden. Immer mehr Schulträger wissen dies und versuchen, dem erkennbaren Bedarf zu entsprechen.

Folgen für die Schulstruktur

Wer die Unumkehrbarkeit des Schulwahlverhaltens respektiert, muss Konsequenzen ziehen. Die erste lautet: Offenbar ist das Gymnasium bedarfsgerecht, andernfalls wäre seine unaufhaltsame Expansion zur schülerstärksten weiterführenden Schule nicht plausibel erklärbar. Das mag für Verfechter einer gemeinsamen Schule für alle Grundschulabsolventen eine schwer erträgliche Vorstellung sein. Ehrlicherweise müssen sie aber auch konzedieren, dass für eine solche konsequente Schulreform nicht einmal ein Minimum an gesellschaftlichem Konsens erkennbar ist.

Die zweite Konsequenz heißt: Abschied von der Hauptschule. Das gilt inzwischen trotz des hohen Engagements der dort beschäftigten Lehrkräfte als unvermeidlich. Nur: Was wird in diesem Fall aus der Realschule? Ihr würde ja die Rolle des Basisbildungsgangs zufallen. Das ist für eine Schule, die sich als mittlerer Bildungsgang versteht, eine unangenehme Perspektive – diesmal für die Anhänger eines traditionell gegliederten Schulwesens eine schwer erträgliche Vorstellung. Wer aber konzediert, dass Bedarfsgerechtigkeit ein unvermeidlicher und zu akzeptierender Parameter der Schulangebotsplanung ist, wird klugerweise den Eltern die gewünschten Alternativen anbieten.

Perspektiven

Fest steht: Die Verhältnisse werden nicht besser, sondern schwieriger. Der Zustrom zu Schulen mit gymnasialen Standards hält an, gleichzeitig gehen die Schülerzahlen weiterhin zurück. Von 2009/10 bis 2020/21 wird im 4. Grundschuljahr der nordrhein-westfälischen Grundschulen ein Rückgang von 171.172 auf 144.740 Schülerinnen und Schüler vorausberechnet. In den danach folgenden zehn Jahren steht ein äußerst maßvoller Wiederanstieg auf 148.050 zu erwarten, eine Konsolidierung auf sehr niedrigem Niveau.

Offenbar ist das Gymnasium bedarfsgerecht ...

Schulträger, die sich von der erfolglosen angebotsorientierten Schulplanung verabschieden und bedarfsgerechte Schulen bereitstellen wollen, müssen sich neu positionieren. Sie werden über Schulen nachdenken müssen, die

- vollständig sind, also allen Grundschulabgängern ein adäquates Anforderungsniveau bieten,
- klein sind, weil die Zahl der Schülerinnen und Schüler sinkt,
- einen Rückgriff auf die vorhandene Schulbausubstanz erlauben, denn Neubauten sind im Zeichen sinkender Schülerzahlen und erheblicher Finanzprobleme der Städte und Gemeinden nur ausnahmsweise begründbar,
- Ganztagsangebote bereithalten.

Diesen Zielsetzungen entsprechen am ehesten Gemeinschaftsschulen, die in Nordrhein-Westfalen derzeit nur als Modellversuche genehmigt werden können.

Ob die von der Landesregierung geplante zügige Übernahme ins Regelschulwesen möglich ist, hängt von der Akzeptanz bei Eltern, Lehrern und Schulträgern und den erreichbaren Mehrheiten für ein neues Schulgesetz ab.



Foto: picture alliance / dpa

www.malteser-helfen.de

Jahrhundertflut in Pakistan

20 Millionen Flutopfer brauchen jetzt Ihre Hilfe

Die Überlebenden brauchen sauberes Trinkwasser, Medikamente und Lebensmittel. Retten Sie Leben. Spenden Sie jetzt.

Konto ADH e.V.
Spendenkonto Nr. 10 20 30 • BLZ 370 205 00 (BfS, Köln)
Stichwort: Flut Pakistan

Die Malteser sind Mitglied von:




Klassenfahrten nach Berlin
(Incl. Transfer, Unterkunft, Programmgestaltung nach Absprache)
Broschüre anfordern bei:
Biss, Fichtestraße 30, 10967 Berlin,
Tel. (0 30) 6 93 65 30 · www.berlin-mit-biss.de

„Rückabwicklung“ oder „Fortschritt“?

Bei der Debatte übers Schulgesetz
prallen die Meinungen aufeinander



15. Juli 2010 – Die Fraktionen von SPD und Grünen sowie der LINKEN betonten in ihren Gesetzentwürfen (Drs. 15/24), (Drs. 15/28), (Drs. 15/29), (Drs. 15/36), (Drs. 15/37) die Notwendigkeit der Novellierung des Schulgesetzes. Dies betreffe die Kopfnoten, die Grundschulempfehlung, die Grundschulbezirke sowie die innerschulische Demokratie. CDU und FDP warfen ihnen und der neuen Landesregierung eine rückwärtsgewandte und unzeitgemäße Schulpolitik vor.



Wolfgang Große Brömer (SPD) stellte fest, dass aus seiner Sicht die Kritik an dem vor vier Jahren „durch die Gremien des Landtags gepeitschten“ schwarz-gelben Schulgesetz nicht abgerissen sei. Dieses Gesetz müsse in wesentlichen Punkten revidiert werden. An diesem Prozess sollten

Schüler, Eltern und Lehrer beteiligt werden. Er umfasse zunächst die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung sowie der sogenannten Kopfnoten. Außerdem müsse die Drittelparität wieder eingeführt werden. Auch die Abschaffung der Schulbezirke ist laut Große-Brömer umgehend zu korrigieren. Dies alles seien jedoch nur erste Schritte auf dem Weg zu einer grundlegenden Überarbeitung des Schulgesetzes.



Auch **Sigrid Beer (Grüne)** sprach sich für eine umfassende Novellierung des Schulgesetzes aus. Das Instrument der Kopfnoten entbehre pädagogischer Begründung. Die Grundschulempfehlung sei eine „Zwangszuweisung“, die „ungeheuren“ Leistungsdruck in die Grundschulen getragen habe. Der damit verbundene Prognoseunterricht habe zu einem „Nachhilfe-Boom“ geführt. Die frühe Auslese fördere soziale Ungleichheit. Heute könne es passieren, dass Schüler mit der Durchschnittsnote 2,7 sowohl an die Haupt- und Realschule wie auch an das Gymnasium verwiesen würden. Ein weiterer wichtiger Punkt sei – auch als Planungssicherheit für die Kommunen – die Wiedereinführung der Option auf Schulbezirke.

Gunhild Böth (Die Linke) stellte heraus, die Arbeitsbereitschaft und Leistungsfähigkeit von Schülern sei angesichts unterschiedlicher häuslicher Bedingungen auch von der Ausstattung der Schulen abhängig. Es sei „absurd“, dass bei der Vergabe der Kopfnoten Schüler, die Konflikten auswichen, mit guten Noten belohnt würden, wohingegen diejenigen, die offensiv an Konflikte herangingen, als „renitent“ bewertet würden. Mit Blick auf die Grundschulgutachten zitierte Böth eine Studie, nach der 40 Prozent dieser Gutachten falsch seien. Bezüglich der Schulbezirke merkte Böth an, dass wohnortnahe Schulen, die den Kindern Sozialkontakte ermöglichten, auch deren Selbstständigkeit förderten.



„Wir lassen uns die Erfolge unserer Schulpolitik von Ihnen nicht zerreden“, betonte **Klaus Kaiser (CDU)**. Der Gesetzentwurf von SPD und Grünen sei keine „Einladung“, sondern als „Tribunal über die Bildungspolitik der letzten Landesregierung“ angelegt. Faktisch werde aber nicht die Mitbestimmung gestärkt, sondern das Recht auf freie Grundschulwahl abgeschafft und mit den Schulbezirken die Einheitsschule eingeführt. Heute nähmen fünf bis zehn Prozent der Eltern ihr Recht auf freie Wahl der Grundschule wahr. Unter der CDU/FDP-Regierung seien die Schulen in NRW vom Schlusslicht ins Mittelfeld aufgerückt. Die Schulpolitik von Rot-Grün dagegen sei „rückwärtsgewandt und unmodern“.



Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) schloss sich der Kritik der CDU-Fraktion an. Rot-Grün wolle die Koalition der Einladung sein, übe sich aber als Koalition der „Rückabwicklung“. Die Wiedereinführung der Drittelparität berücksichtige nicht die unterschiedliche Verantwortung von Eltern, Schülern und Lehrern. Die Kopfnoten seien ihrer Meinung nach für schwächere Schülerinnen und Schüler



Fotos: MSW NRW und Landtag NRW

ein gutes Mittel, den Gesamteindruck zu verbessern. Mit der Wiedereinführung der Schulbezirke würde die Freiheit der Eltern abgeschafft. Als Folge würden reichere Eltern ihre Kinder auf Privatschulen schicken, somit sei das neue Gesetz eine „schallende Ohrfeige“ für nicht so gut betuchte Eltern.



Schulministerin **Sylvia Löhrmann (Grüne)** begrüßte den Gesetzentwurf. Er trage den schulpolitischen Zielen der Landesregierung – Freiheit, Verantwortung und Beteiligung – Rechnung. Derzeit seien 40 Prozent der

Grundschulgutachten unzutreffend; dies sei inakzeptabel. Die Wiedereinführung der Schuleinzugsbereiche sei ein Steuerungsinstrument, um örtlichen Bedürfnissen vernünftig Rechnung zu tragen. Die Kopfnoten würden der Individualität der Kinder nicht gerecht, eine solche Form der Rückmeldung über Sozial- und Leistungsverhalten sei „unzeitgemäß“. Die neue Landesregierung halte es des Weiteren für richtig, die Drittelparität an allen Schulen mit Sekundarstufe I wieder einzuführen.

Anica Bömke

Nachdruck aus LANDTAG INTERN 7/2010

Die neue Landesregierung



Unmittelbar nach der Ernennung der neuen Ministerinnen und Minister gratulierte ihnen Udo Beckmann und wünschte viel Erfolg.



Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung



Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport



Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales

VBE-Vorstand zu Gast bei Ministerin Löhrmann

Bereits in den Sommerferien kam es auf Einladung von Ministerin Löhrmann zu einem ersten Gespräch mit dem Geschäftsführenden Vorstand des VBE. Hieran nahmen neben der Ministerin auch der neue Staatssekretär, Ludwig Hecke, und die persönliche Referentin der Ministerin Hildegard Banneyer teil. Im Mittelpunkt des Meinungsaustausches standen sowohl notwendige Rahmenbedingungen für ein sich wandelndes Schulsystem als auch die Erwartungen des VBE zu den Themen wie Ausbau des Ganztags, Klassengröße, Lehrerarbeitszeit, Lehrebesoldung und Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes. Ministerin und VBE waren sich darin einig, dass



es gelingen müsse, für Veränderungen in der Schullandschaft einen größtmöglichen Konsens mit allen an Schule Beteiligten zu finden und alles getan werden müsse, um den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungschancen weitgehend zu entkoppeln.

Die Wahrheit über die Beamtenversorgung



In den Medien wird oft und gern über das Versorgungsrecht der Beamtenschaft berichtet und dieses kritisch mit dem Rentenrecht verglichen.

Um deutlich zu machen, wie es sich mit den Pensionsansprüchen der Beamten tatsächlich verhält, folgt hier die Historie der Beamtenversorgung:

Im Jahr 1955 beschloss der Bundestag per Gesetz, alle Beamtenegehälter (bei Bund, Ländern und Gemeinden) um 7 % zu kürzen, mit der Maßgabe, die einbehaltenen Besoldungsanteile in eine Versorgungsrücklage zu überführen. Diese Kürzung ist nie zurückgenommen, die Rücklage jedoch nie geschaffen worden! Das von den Betroffenen verdiente, aber an ihnen eingesparte und ihnen vorenthaltene Geld wurde stattdessen in die normalen Haushalte eingebracht und anderweitig verwendet. Dafür wurde allerdings nie jemand zur Verantwortung gezogen.

Die Beamten haben folglich immer nur 93 % ihres Gehalts ausgezahlt bekommen, woraus sich auch die Berechnung ihrer Pensionsansprüche herleitet.

Wer also einen (fiktiven) Pensionsanspruch von 75 % erworben hat, erhält de facto nur 75 % von 93 %, sodass die Höchstversorgung bei nur 69,75 % liegt.

Doch damit nicht genug: In den Neunzigern des letzten Jahrhunderts merkten die Politiker endlich, dass die zukünftigen Versorgungslasten der ausscheidenden Beamten – eben wegen der fehlenden Versorgungsrücklage! – nicht mehr zu „schultern“ seien. Also fing man an, über Lösungen nachzudenken, und kam zu einem faszinierenden Ergebnis. Es wurde beschlossen, die Beamtenpensionen zu kürzen, man nahm also diejenigen in Regress, deren Geld man vorher veruntreut hatte.

Die beschlossene Kürzung aller Pensionen um insgesamt 4,333 % wurde gekoppelt an 8 jeweilige Besoldungs-/Versorgungserhöhungen. Danach liegt dann die (fiktive, s. o.) Höchstversorgung statt bei 75 % bei 71,75 %.

Bezogen auf die tatsächliche Höchstversorgung von 69,75 % (s. o.) liegt dann unsere Versorgung am Ende bei 69,75 % minus 4,333 % = max. 66,73 %.

Die Absenkung der Weihnachtszuwendung von 84,29 % auf 22 % bedeutet eine weitere, auf den Monat umgerechnete Reduzierung der Versorgung um 5,19 %. Wer also die sogenannte Höchstversorgung erreicht hat, erhält effektiv 66,73 % minus 5,19 % = 63,26 %.

Da vor allem viele Beamtinnen wegen Kindererziehung Urlaub bzw. Teilzeit in Anspruch genommen haben, haben viele die sogenannte Höchstversorgung nicht erreicht. Das aber ist denjenigen, die die Neiddebatte immer wieder aufwärmen, zwar durchaus bekannt, aber völlig egal.

*Leo Stümpel,
Münster*

Anzeige:

Filmproduktion sucht Lehrer, die über Annäherungsversuche von Schülern berichten für eine Sendung im ZDF.

Wenn man als Lehrer den Verdacht hat, eine Schülerin könnte sich in einen verliebt haben, gestaltet es sich schwierig, angemessen auf diese Situation zu reagieren.

Wie ernst sollte man solch eine Schwärmerei nehmen?

Was unternimmt man, damit keine Gerüchte aufkommen, wenn die Schülerin Briefe schreibt oder gar Annäherungsversuche macht?

Wir suchen Lehrer, die uns über ihre Erfahrungen im Umgang mit dieser Problematik berichten. Um Anonymität zu gewähren, besteht die Möglichkeit, in der Sendung unkenntlich gemacht zu werden. Wenn Sie Ihre Geschichte erzählen möchten, melden Sie sich bitte bei:

**Sarah Levy und Katharina Mazur ,
montage + Filmproduktion GmbH,
Fon: 06131-554722,
montageplus@t-online.de,
www.montageplus.de**

Quotelung

Berücksichtigung von Ausbildungs- und Zurechnungszeiten

Mit Urteil vom 25. März 2010 hat das Bundesverwaltungsgericht (Az. 2 C 72.08) entschieden, dass die Regelungen zur eingeschränkten Berücksichtigung von Ausbildungs- und Zurechnungszeiten aufgrund von Freistellungen nicht mit dem europäischen Recht vereinbar sind. Diese stellen einen Verstoß gegen das Gebot der strikt zeitanteiligen Abgeltung von Teilzeitarbeit dar.

Das Bundesinnenministerium gibt zum Umgang mit der neuen Rechtsprechung folgende Weisung:

- § 6 Abs. 1 Satz 4, § 12 Abs. 5 und § 13 Abs. 1 Satz 3 BeamtVG sind von Amts wegen bei Neufestsetzungen von Versorgungsbezügen ab dem Zeitpunkt der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes nicht mehr anzuwenden.

- In anhängigen Klage- / und Widerspruchsverfahren sind die Kläger klaglos zu stellen.
- Bestandskräftige Versorgungsfestsetzungen sind auf Antrag der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger (Ruhegehaltempfängerinnen und Ruhegehaltempfänger oder Hinterbliebene) aufzugreifen und mit Wirkung vom 1. April 2010 für die Zukunft auf der Grundlage der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes ohne Anwendung der vorgenannten Vorschriften neu zu entscheiden.

*RA Martin Kieslinger,
Justiziar VBE NRW*

„Mutterschutz und Elternzeit“

Beratungshotline für Lehrerinnen und Lehrer

Nach den gesetzlichen Regelungen des Mutterschutzgesetzes (MuSchG) und der Mutterschutzverordnung (MuSchVB) bestehen während der Schwangerschaft und nach der Niederkunft besondere Rechte und Fürsorgepflichten. Nach der Geburt des Kindes stellt sich für viele junge Familien die Frage nach der Elternzeit, dem Elterngeld und den dienst-/besoldungsrechtlichen Auswirkungen. „Wie lange darf ich in Elternzeit gehen? Ist eine Teilzeit erlaubt? Muss ich die Sommerferien aussparen? Wie hoch ist mein Elterngeld“ sind dabei nur einige Fragen rund um diesen Themenbereich.

Bereits am 17.05.2010 bot die Rechtsabteilung des VBE NRW eine telefonische Service-Hotline für interessierte Lehrerinnen und Lehrer zum Thema Elternzeit an. Diese Hotline war ein voller Erfolg, denn zahlreiche Kolleginnen und Kollegen ließen sich durch unsere Experten Inka Schmidtchen (Justiziarin), Albert Hohenlöchter (VBE-Bezirksvorsitzender Arnsberg) und Martin Kieslinger (Rechtsanwalt) kompetent und umfassend beraten.



Aufgrund des großen Interesses an dieser Veranstaltung haben wir beschlossen, eine weitere Telefon-Hotline zum Thema Mutterschutz und Elternzeit am **13. September 2010 von 15:00 – 18:00 Uhr** anzubieten.

Am Beratungstelefon stehen Ihnen erneut kompetente Ansprechpartner aus der Rechtsabteilung des VBE zur Verfügung.

Unter der Telefonnummer **0231/ 43 38 63** können Sie sich von unseren Experten beraten lassen, um Rechts- und Planungssicherheit zu erhalten. Wir beantworten Ihnen gerne Fragen rund um den Mutterschutz und die Elternzeit für Lehrkräfte.

Für VBE-Mitglieder besteht diese Beratungsmöglichkeit darüber hinaus auch wie bisher von Montag bis Donnerstag von 9:00 bis 16:30 Uhr und am Freitag von 9:00 bis 14:30 Uhr durch unsere Rechtsabteilung.

*Wir freuen uns auf Ihren Anruf.
RA Martin Kieslinger
Justiziar VBE NRW*

Häusliches Arbeitszimmer

Gute Nachricht für Lehrer

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 06. Juli 2010 erklärt, dass die ab 2007 eingeschränkte Absetzbarkeit von Heimbüros grundgesetzwidrig ist. D. h. der häusliche Arbeitsplatz kann wieder geltend gemacht werden.

Nach dem jetzigen Beschluss können Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer nun auch dann geltend gemacht werden, wenn das Büro nicht Mittelpunkt der gesamten Arbeitszeit darstellt.

Voraussetzung ist jedoch, dass kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht. Die Richter des BVerfG haben der Bundesregierung den Auftrag erteilt, rückwirkend zum 01.01.2007 die Abziehbarkeit von Arbeitszimmerkosten neu zu regeln.

Mit Schreiben vom 12.08.2010 haben die Finanzverwaltungen daraufhin mit einer bundeseinheitlichen Verwaltungsregelung klargestellt, wie bis zur endgültigen Verabschiedung der geforderten Neuregelung durch den Gesetzgeber zu verfahren ist.

In dem Schreiben heißt es:

„Die Finanzämter können nun in den Fällen die belegten Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer bis zu einem



Betrag in Höhe von 1.250 EUR jährlich vorläufig als Betriebsausgaben oder Werbungskosten berücksichtigen.“

D. h. für alle zukünftigen Bescheide erfolgt eine Berücksichtigung. Zunächst bis zu der Höhe von 1.250 EUR.

„Für bereits veranlagte und noch offene Fälle ab Kalenderjahr 2007 setzt die vorläufige Anerkennung der Aufwendungen bis zu 1.250 EUR jährlich einen entsprechenden Antrag des Bürgers voraus.“

D. h. all diejenigen, die seit 2007 immer wieder das häusliche Arbeitszimmer geltend gemacht haben, können nun durch Antragsstellung auch für die Jahre 2007 bis 2009 ihre Aufwendungen bis zu 1.250 EUR ersetzt verlangen. Der VBE hat für seine Mitglieder einen entsprechenden Musterantrag im internen Downloadbereich bereitgestellt.

„Sobald die Übergangsregelung technisch umgesetzt ist, wird die Finanzverwaltung sie so schnell wie möglich umsetzen. Als Start ist der 10.09.2010 vorgesehen.“

Der VBE hofft, dass die Finanzverwaltung Wort hält und eine Umsetzung zum 10.09.2010 beginnt.

Inka Schmidtchen

Justiziarin VBE NRW

Das Fotokopieren in Schulen wurde neu geregelt.



Was geht, was geht nicht? Eine Information für Lehrerinnen und Lehrer mit allem Wissenswerten, herausgegeben von der Ständigen Konferenz der Kultusminister und den VdS Bildungsmedien.

Die neuen Regeln sowie Antworten auf verschiedene wichtige Fragen in diesem Zusammenhang sind in einer Broschüre zusammengestellt. Diese kann direkt bestellt werden bei:

Vds Bildungsmedien e. V.
Zeppelinallee 33,
60325 Frankfurt am Main,
 oder heruntergeladen werden unter
www.schulbuchkopie.de

Exklusiv und kostenlos für die Mitglieder des VBE und deren Angehörige

Surfen, Shoppen, Sparen ... in der dbb vorteilswelt



Was ist die dbb vorteilswelt?

Die dbb vorteilswelt ist ein Online-Bonusprogramm des dbb beamtenbund und tarifunion und bietet Ihnen kostenlos neben wissenswerten Serviceangeboten zahlreiche Einkaufsmöglichkeiten mit attraktiven Preisvorteilen an.

Auf der Startseite unter www.dbb-vorteilswelt.de finden Sie fünf symbolische Bildbuttons. Diese stehen für die dbb shoppingwelt, die auto-/reisewelt, die finanzwelt und die informationswelt. Ein Klick und die virtuellen Shops öffnen ihre Schaufenster. Wer einkaufen möchte, muss sich vorher anmelden. Das geht schnell und unkompliziert. Und: Die Nutzung der dbb vorteilswelt kostet Sie als VBE-Mitglied keinen Cent – im Gegenteil: In jedem Shop, bei jedem Angebot warten satte Preisnachlässe auf die Besteller.

Namhafte Versandhäuser und Markenhersteller bieten alles Nötige, um sich von Kopf bis Fuß neu einzukleiden, das neueste Zubehör für die Küche zu bestellen, Konzert- und Theatertickets zu ordern oder etwa die Hausapotheke aufzustocken. Dabei versprechen die Anbieter satte Boni – zurzeit zwischen zwei und zehn Prozent. Die Beispiele der Shop-Palette reichen vom offiziellen adidas Online-Shop (4 % Bonus), über hagebau.de (5 % Bonus), MEXX (7 % Bonus) bis hin zu neckerman.de (5 % Bonus). Stand 22.07.10

Welche Vorteile bekomme ich bei einem Einkauf über die dbb vorteilswelt?

Bei den teilnehmenden Online-Shops bzw. Partnerfirmen erhalten Sie bei einem Kauf von Waren und Dienstleistungen einen bestimmten Anteil des Einkaufsbetrages – einen Bonus – auf Ihr Bankkonto gutgeschrieben. Die Höhe der gewährten Boni können Sie immer aktuell der Shop-Übersicht der dbb vorteilswelt entnehmen.



Unter www.dbb-vorteilswelt.de bietet der dbb beamtenbund und tarifunion seit über einem Jahr sehr erfolgreich den Einzelmitgliedern der Mitgliedsge- werkschaften attraktive Mehrwerte und Vorteilsangebote im Rahmen der vorteilswelt an. Viele Mitglieder haben die Vorzüge seitdem für sich entdeckt, sich angemeldet und bereits ausgiebig geshoppt!

Zu den gewährten Boni werden auch regelmäßig zeitlich begrenzte Sonderaktionen angeboten. So wird demnächst z. B. ein führender Online-Optiker eingebunden. Bei einer Bestellung über die dbb vorteilswelt erhalten Sie neben den 10 Prozent Rabatt auf das gesamte Sortiment zusätzlich – zeitlich begrenzt – einen 10 Euro-Gutschein auf alle Designerbrillen.

Sie suchen ein neues Auto oder Sohnmännchen ein schickes Motorrad? Die dbb autowelt bietet Ihnen dazu lukrative Angebote. Ihre Urlaubskasse schonen dank 3 Prozent Bonus können VBE-Mitglieder in der dbb reisewelt. Ob Pauschalreise, Kreuzfahrt oder Fernreise, für jeden ist etwas dabei.

Eine günstige Auslandsreise-Krankenversicherung (Jahresbeitrag nur 4,68 Euro pro Person) – die Sie auch noch bis kurz vor Reiseantritt online abschließen können – oder eine Privathaftpflichtversicherung zu Top-Konditionen – Monatsbeitrag 2,46 Euro* – und weitere Angebote finden Sie in der dbb finanzwelt.

Aktuelle Fachliteratur rund um den öffentlichen Dienst – Gesetzestexte, Kommentare oder auch Ratgeber hält die dbb informationswelt für Sie bereit.

Das Surfen durch die dbb vorteilswelt ist denkbar einfach, da sehr übersichtlich gegliedert. Die Hauptrubriken werden kurz und präzise beschrieben. Durch einfaches Anklicken gelangen Sie sofort zu Shops und Angeboten. Die Anmeldung gelingt schnell und ist für Sie kostenlos. Die AGBs sind kurz gefasst und verständlich formuliert.

Also worauf warten Sie noch –
Anmeldung unter www.dbb-vorteilswelt.de

Über Neuigkeiten rund um die Angebote der dbb vorteilswelt informiert Sie der kostenlose Newsletter einmal im Monat per Mail. Anmeldungen ebenfalls unter www.dbb-vorteilswelt.de

*Single-Tarif, monatlicher finanzieller Aufwand bei jährlicher Zahlungsweise, Versicherungssumme für Personen-, Sach- und Vermögensschäden bis zu 3 Mio. Euro pauschal und weitere Leistungen, 150 Euro Selbstbeteiligung pro Schadenfall



INFOS & TECHNIK

Freeware

Ein Dateimanager für 50 Euro, ein Brennprogramm für 80 Euro und Office für 150 Euro – wenn Sie alle Programme kaufen, sind schnell einige hundert Euro ausgegeben. Als kostenlose Alternative bieten sich Freewareprogramme an. Im Internet gibt es unzählige Anlaufstellen, um Freeware auf den eigenen Rechner zu laden. Vorsicht muss man aber auch hier walten lassen. Werden eigene Daten (auch die Mailadresse) vor Download erfragt, sollte man einen anderen Anbieter wählen! Auch finanzieren sich viele Freeware-Portale durch Werbung, ein Klick auf ein Werbebanner führt dann häufig zu einem kostenpflichtigen Angebot. Neben Hilfs- und Arbeitsprogrammen gibt es natürlich auch jede Menge Spiele kostenlos. Gut und weitgehend werbefrei sind die Download-Portale der großen Zeitschriften. Dort sind auch Tests und Empfehlungen zu finden, z. B.

- www.pcwelt.de/downloads/
- www.heise.de/software/
- www.chip.de



Spiegelreflexkameras

Fotografieren Sie gerne und viel? Dann kaufen Sie wahrscheinlich alle 3–4 Jahre eine neue Kamera. Die Technik wird so schnell weiterentwickelt, dass ein aktuelles Modell bereits nach kurzer Zeit überholt ist. Spiegelreflexkameras liefern eine bessere Bildqualität als die meisten Kompaktkameras. Dies liegt an den besseren Objektiven und den größeren Aufnahmesensoren. Auch Einsteigerkameras (ab ca. 300 Euro inkl. Objektiv) machen keine Ausnahme, die Bildqualität ist auch in dieser Klasse meist sehr gut. Schließlich ist die Einsteigerkamera von heute vergleichbar mit dem Topmodell vor 4 Jahren! Gute Kameras unter 400 Euro inkl. Standardobjektiv sind z. B.:

- Nikon D3000 (ca. 350 Euro),*
- Sony Alpha 330 (ca. 380 Euro),*
- Canon Eos 1000D (ca. 360 Euro)*

Eine echte Konkurrenz könnte durch die Kompaktkameras mit Wechselobjektiv entstehen. So lassen sich z. B. bei Sonys NEX-5 auch ältere Objektive per Adapter einsetzen. Vorteile der Kompaktkameras sind das geringere Gewicht und der niedrigere Preis.



Rückmeldungen erwünscht!

Schicken Sie Anregungen, Wünsche o. Anmerkungen an den Autor: N.Ristic@gmx.de

VBE-Terminer für Outlook



Der VBE hat wieder für die Lehrkräfte und Schulleitungen an Grund-, Haupt-, Gesamt-, Real-, Verbund- und Förderschulen den bewährten „VBE-Terminer“ für das Schuljahr 2010/2011 in aktualisierter Form für Outlook herausgegeben.

Der VBE-Terminer ist als Wegweiser durch das Schuljahr 2010/2011 unverzichtbar, um den Ablauf Ihrer Verwaltungstätigkeit zu erleichtern.

Der Terminer enthält u. a. für den Zeitraum vom 01.08.10 bis zum 31.07.11 Hinweise auf die wichtigsten Termine, die die Lehrerschaft oder die Schulleitung aller Schulformen oder der einzelnen Schulformen gegenüber Dritten zu beachten haben.

Ab sofort steht Ihnen die aktualisierte Datendatei für Outlook im Servicebereich der VBE-Homepage zum kostenlosen Download zur Verfügung. Bitte klicken Sie auf den entsprechenden Link auf der Startseite der VBE-Homepage: www.vbe-nrw.de

Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis für die Feststellung, dass irgendwelche Rechtsansprüche aus dem Inhalt des Terminers nicht abgeleitet werden können.

Hans-Gerd Scheidle
Stv. Vorsitzender

Darlehen supergünstig *1) Sollzins 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins
 40-jährige Beratungskompetenz **Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter** Kreditraten bis 50% reduzieren
 Info: www.ak-finanz.de

Best-Preis-Garantie
 www.ak-finanz.de

supergünstige Beamten-/Angestellendarlehen, z. B. B.a.L./Angestellte ö.D. unkündbar, 30 J. alt, Ltz. 12 Jahre, Sollzins fest (gebunden) 5,6%, 20.000,- € Darlehensnennbetrag, mtl. Rate 227,66 € inkl. LV, Kosten d. Bank 400,- € = 2%, Darlehensnettoertrag 19.600,- €, effekt. Jahreszins 6,70%, bei 40.000,- €, Rate 453,64 €, bei 60.000,- €, Rate 679,49 €, *1) z. B. Nettodarlehen 20.000,- €, Bausparsumme 40.000,- €, Sollzinssatz 1,95% gebunden, effekt. Jahreszins 2,34% ab Zuteilung Bausparvertrag, Abschlussgebühr 400,- € = 1%, Baufinanzierungen ohne Eigenkapital bis 120%

Kapitalvermittlungs-GmbH, E 3, 11 Planken, 68159 Mannheim
 Telefax: (06 21) 17 81 80-25, E-Mail: beamtendarlehen@ak-finanz.de **Gebührenfrei Tel. 0800/1000 500**

Bildungsmonitor 2010

VBE: Erneut kein gutes Zeugnis für NRW

Das NRW beim Länderranking im aktuellen Bildungsmonitor 2010 den drittletzten Platz belegt, ist ein beschämendes Zeugnis für das bevölkerungsreichste Bundesland.

Das Ergebnis des Bildungsmonitors belegt aus Sicht des VBE zudem, dass die neue Landesregierung gefordert ist, alles zu tun, dass an den Schulen in NRW endlich kleinere Klassen ermöglicht werden und damit eine Voraussetzung für eine verbesserte individuelle Förderung geschaffen wird. Sowohl an den Grundschulen als auch an den weiterführenden Schulen ist die Relation Schüler/Lehrer in NRW schlechter als im Bundesdurchschnitt. Die von der ehemaligen schwarz-gelben Landesregierung vorgenommenen zusätzlichen Lehrereinstellungen sind weitgehend von neuen Aufgaben, die man den Schulen gleichzeitig zugewiesen hat, aufgesogen worden. Sie haben in den Schulen nicht zu der notwendigen Verbesserung der Lerngruppengrößen geführt.

Die neue Landesregierung ist daher gefordert, die frei werdenden finanziellen Mittel, die sich in den kommenden Jahren aus dem Schülerrückgang ergeben werden, im Bildungssystem zu belassen und sowohl zu einer Verbesserung der vorschulischen Bildung und Betreuung sowie zu einer Sicherstellung der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler aller Schulformen und dem weiteren Ausbau des Ganztags zu nutzen.

VBE-Pressedienst vom 19.08.2010

Land	Gesamtergebnis ¹		
	Punkte (Rang)		
	2010	2009	2004
1. Sachsen	80,8	79,5 (1)	53, 1 (3)
2. Thüringen	76,6	75,3 (2)	49,3 (5)
3. Baden-Württemberg	76,3	73,1 (3)	57,3 (2)
4. Bayern	70,9	68,9 (4)	57,5 (1)
5. Bremen	67,6	64,6 (6)	41,6 (15)
6. Niedersachsen	67,2	66,4 (5)	46,6 (9)
7. Sachsen-Anhalt	66,9	63,2 (9)	38,6 (16)
8. Rheinland-Pfalz	66,8	64,0 (8)	45,6 (10)
9. Saarland	66,7	64,2 (7)	47,1 (8)
10. Hessen	66,0	61,5 (11)	47,4 (7)
11. Hamburg	65,4	61,2 (13)	52,0 (4)
12. Schleswig-Holstein	64,1	60,9 (14)	47,7 (6)
13. Brandenburg	63,5	61,3 (12)	41,7 (14)
14. NRW	63,3	60,5 (15)	44,7 (11)
15. MVP	62,8	62,5 (10)	43,5 (12)
16. Berlin	59,0	58,3 (16)	42,7 (13)

Quelle: IW Köln; Stand: 02.08.2010; Rundungsdifferenzen

¹ Alle Indikatoren werden auf einer Punkteskala (0-100) skaliert und sind somit vergleichbar. Die höchste Punktzahl beim Bestandsranking erhält das Bundesland, das insgesamt die höchste Punktzahl über alle 13 Handlungsfelder erreicht. Die im Bildungsmonitor 2010 dokumentierten Zahlen bilden das Jahr 2008 ab. In erster Linie geht es bei diesem Ranking nicht um die Platzierung, sondern um die Dokumentation der Entwicklung.

FOCUS-SCHULE:

Eltern sparen für die Ausbildung der Kinder

München. Eltern sparen trotz der Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten weiter für ihren Nachwuchs. Wie das Bildungsmagazin FOCUS-SCHULE unter Berufung auf eine Studie der Deutschen Bank berichtet, legen 84 Prozent der Eltern für ihre Kinder etwas auf die hohe Kante, meist bis zu 100 Euro monatlich. Knapp 54 Prozent sorgen so für die Ausbildung der Kinder vor, denn 89 Prozent gehen davon aus, dass sie zukünftig verstärkt in die Ausbildung von Sohn oder Tochter investieren müssen. Für konkrete Ziele wie den Führerschein spa-



ren rund 52 Prozent der Eltern, für die Altersvorsorge der Kinder knapp 20 Prozent, als Grundstock für Immobilien gut zehn Prozent und für Konfirmation oder Kommunion gut sechs Prozent. Kein konkretes Ziel fürs Sparen setzten sich knapp 39 Prozent der Eltern.

Die Kosten für ein Studium werden von vielen Eltern unterschätzt: Acht von zehn Befragten glauben der Studie zufolge, das Studium des Kindes koste weniger als 40.000 Euro. Nach Berechnungen des Deutschen Studentenwerks kostet ein fünfjähriges Studium allerdings 65.000 Euro.

Hemmnis Kooperationsverbot

VBE-Bundesvorsitzender im Gespräch mit Ulla Burchardt, MdB

Am 8. Juli trafen sich die Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung Ulla Burchardt (SPD) und VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann bei hochsommerlichen Temperaturen im Garten des Hauses der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin.



Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Auswirkungen des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich und die Umsetzung der Ziele des Bildungsgipfels. Udo Beckmann bekräftigte, der VBE werde politische Initiativen zum Stopp des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich unterstützen. Es müssten gesetzliche Möglichkeiten geschaffen werden, damit der Bund die Länder bei ihren Aufgaben unterstützen kann, ohne in die bestehenden Strukturen in den Ländern einzugreifen. Gleichzeitig habe der Bund aber auch ein Anrecht darauf zu erfahren, welche Ergebnisse durch seine finanzielle Unterstützung erreicht würden. Der VBE-Bundesvorsitzende bewertete gegenüber Ulla Burchardt den Bildungsgipfel vom Juni 2010 als „Armutzeugnis“. Der VBE betrachte den Bildungsgipfel als weitgehend gescheitert.

Gegenstand des Meinungsaustausches waren auch die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und die Herausforderungen für das deutsche Schulsystem in der Konsequenz des Artikels 24 der Konvention, in dem sich die Teilnehmerstaaten verpflichten, ein inklusives Bildungssystem zu gewährleisten.

VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann unterstrich, der VBE sehe in der Schaffung eines inklusiven Bildungssystems, in dem alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen können, die zentrale Aufgabe der Schul- und Bildungspolitik der nächsten Jahre. Die erfolgreiche Gestaltung dieses Prozesses setze ein modernes Lern- und Leistungsverständnis voraus, das sich an der individuellen und intensiven Förderung jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen orientiere. Voraussetzung sei außerdem, dass durch die Bereitstellung finanzieller und personeller Ressourcen optimale Lern- und Förderbedingungen geschaffen werden. Ausdrücklich sei die UN-Konvention keine Aufforderung zu einem Sparmodell.

Häusliches Arbeitszimmer: Bundesverfassungsgericht gibt Lehrern Recht

Am 29. Juli erging ein von den Lehrerinnen und Lehrern lange erhofftes Urteil des Bundesverfassungsgerichts. VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann erklärte am selben Tag: „Der VBE begrüßt das heute veröffentlichte Urteil des Bundesverfassungsgerichts, nach dem die steuerrechtliche Nichtabsetzbarkeit des häuslichen Arbeitszimmers als verfassungswidrig erklärt wurde.“

In den zurückliegenden Jahren hatte der VBE die Lehrer immer wieder aufgefordert, Widerspruch gegen die Nichtanerkennung des häuslichen Arbeitszimmers, die 2007 verfügt worden war, beim Finanzamt einzulegen. Dazu hatte der VBE den Lehrkräften entsprechende Musterbriefe zur Verfügung gestellt. Die Dachorganisation des VBE, der Deutsche Beamtenbund dbb, hatte entsprechende Klageverfahren eingeleitet. Diese wurden mit Blick auf die zu erwartende höchstrichterliche Entscheidung ruhend gestellt.

Durch das nun vorliegende abschließende Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurde der VBE in seinen Rechtsansichten bestätigt.

Deutscher Lehrertag 2010 – Anmeldungen ab sofort

Der gemeinsame Weiterbildungstag von VBE, VdS Bildungsmedien, Stiftung Partner für Schule und Arbeitskreis Hauptschule zum Thema „Fördern und Fordern“ findet am Freitag, 19. November 2010, von 10 bis 16.30 Uhr im Kongresszentrum Westfalenhallen Dortmund, Rheinlanddamm 200, 44139 Dortmund statt.



Ab sofort kann die Teilnahme angemeldet werden – ausschließlich online über www.vbe.de. Auf der Homepage des VBE steht auch das Gesamtprogramm.

Der Deutsche Lehrertag 2010 bietet ein hochkarätiges und abwechslungsreiches Programm für Lehrerinnen und Lehrer aller Schulstufen und Schulformen. Es werden aktuelle Erkenntnisse aus der Hirnforschung, der Elitenforschung sowie Unterrichtsforschung präsentiert und zur Diskussion gestellt. In zahlreichen Workshops gibt es ganz konkrete Impulse für den Unterricht.

Als Referenten konnten u.a. Hirnforscher Prof. Dr. Manfred Spitzer (Ulm), Elitenforscher Prof. Dr. Michael Hartmann (Darmstadt) und Dr. Heinz Klippert (Landau) gewonnen werden.

Europäischer Sozialer Dialog Bildung nahm Arbeit auf

Am 11. Juni startete in Brüssel der Europäische Soziale Dialog im Bildungsbereich. Die deutsche Arbeitnehmerstimme wird gemeinsam von GEW und VBE für die Interessenvertretung der 400 000 Mitglieder beider Organisationen wahrgenommen.

Im Ergebnis der Auftaktsitzung wurden zunächst drei Arbeitsgruppen beschlossen, die ihre Arbeit am 1. September 2010 aufnehmen sollen. Inhaltliche Schwerpunkte sind erstens Qualität von Bildung, zweitens demografischer Wandel, drittens Hochschulbildung und Forschung. In den drei Arbeitsgruppen werden GEW und VBE präsent sein. Die inhaltlichen Abstimmungen wurden in der deutschen Arbeitsgruppe der Bildungsinternationale getroffen, die GEW und VBE Mitte März 2010 gründeten.

1998 beschloss die EU-Kommission, einen Europäischen Sozialen Dialog einzuleiten. In den verschiedenen Branchen und Bereichen gründeten sich mit dem Votum der EU-Kommission gemeinsame Komitees mit Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. 2009 gründete sich der europäische Arbeitgeberverband Bildung (EFEE). In der Folge stellten das Europäische Gewerkschaftskomitee für Bildung und Wissenschaft (EGBW) und EFEE bei der EU-Kommission den Antrag auf Gründung eines gemeinsamen Komitees für den sozialen Dialog im Bereich Bildung. Jedes beteiligte EU-Land hat je eine Stimme für die Sozialpartner. Die deutsche Arbeitnehmerstimme wird gemeinsam von GEW und VBE als Mitglieder des EGBW wahrgenommen. Der Vorsitz der nationalen Koordinierungskommission liegt 2010 bei der GEW, 2011 beim VBE. GEW und VBE sind Mitglieder der Bildungsinternationale (EI) und des EGBW, das Teil der Bildungsinternationale Europa ist. Für die Arbeitgeber sitzt die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in diesem Komitee.

Die EU-Kommission ist verpflichtet, in allen Bildungsfragen das gemeinsame Komitee zum sektoralen Dialog anzuhören, und kann Vereinbarungen dieses Komitees in Beschlüsse der EU-Kommission einbeziehen.

Schule – vom Erfahrungsraum zum Hochsicherheitstrakt?

Die diesjährige 11. Tagung des Tutzingener Netzwerks für Schule und Lehrer vom Mittwoch, 27. Oktober, bis Donnerstag, 28. Oktober 2010, hat das Thema „Schule – vom Erfahrungsraum zum Hochsicherheitstrakt?“. Sie greift damit die kontrovers geführte Diskussion um eine Schule auf, die sich immer stärker unter Druck gesetzt sieht, pädagogisch notwendige Freiräume gegen Kontrolle und Sicherheit abzuwägen: Wie viel Kontrolle und Sicherheit verträgt Schule? Gibt es noch Raum für pädagogische Beziehungsarbeit? Ist Schule dabei, zu einem Hochsicherheitstrakt und zu einem Trainingscamp für Leistungsvergleiche zu werden? Die Fachtagung findet in der Evangelischen Akademie Tutzing statt.

Das Tutzingener Netzwerk für Schule und Lehrer wurde im Mai 2000 ins Leben gerufen und ist eine Kooperation zwischen VBE, dessen bayerischem Landesverband BLLV und der Evangelischen Akademie Tutzing. Die jährlichen Fachtagungen des Tutzingener Netzwerks führen Schule, Politik, Eltern und Wissenschaft gezielt zusammen und fokussieren Brennpunkthemen. Programm und Anmeldung: www.ev-akademie-tutzing.de

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 23/24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

Nachruf Franz-Josef Rinkens

Der Verband Bildung und Erziehung trauert um Franz-Josef Rinkens, Rektor a. D., der am 04.08.2010 im Alter von 74 Jahren verstorben ist.

Franz-Josef Rinkens war 42 Jahre im Schuldienst, davon viele Jahre als Grundschulrektor. Dem VBE Kreisverband Düren gehörte er seit 50 Jahren an.

Die Interessen der Kolleginnen und Kollegen vertrat er fast 40 Jahre lang im örtlichen Personalrat für Lehrerinnen und Lehrer im Kreis Düren und im Hauptpersonalrat für Grund- und Hauptschulen im Schulministerium in Düsseldorf. Der Schwerpunkt seiner Arbeit war die Berufspolitik. Diesen Bereich hat er im VBE-Landesverband von 1988 bis zum Jahr 2000 verantwortet und wesentlich geprägt.

In dieser Zeit war er zugleich Mitglied des geschäftsführenden Vorstands und des Landesvorstands.

Besondere Anerkennung fand seine hohe Sachkompetenz in Schulrechts- und Haushaltsfragen in Politik und Administration ebenso wie bei den Mitgliedern.

Im Deutschen Beamtenbund (DBB NRW) war Franz-Josef Rinkens von 1984 – 2000 Mitglied des Hauptvorstands und von 1996 – 2000 stellvertretender DBB-Vorsitzender. Auch im VBE-Bundesverband war er als stellv. Leiter der Abteilung Dienstrecht und Besoldung über 10 Jahre aktiv.

Weitere Schwerpunkte seiner Arbeit waren die Schulung von



Personalräten sowie die Qualifizierung und Fortbildung von Schulleitungen. Unvergessen sind seine Schulleiterseminare in Königswinter. Seine Idee der Gründung einer Schulleiterakademie fand Verwirklichung im Rahmen des VBE-Bildungswerkes, das er 1998 mit gegründet hat. Das von ihm initiierte Service-Telefon erfährt bis heute eine hohe Anerkennung bei den Mitgliedern. Aber auch die frühkindliche Erziehung und die Qualifizierung der Beschäftigten im Elementarbereich waren ihm stets ein großes Anliegen.

Franz-Josef Rinkens hat die erfolgreiche Entwicklung des VBE im Kreis Düren, im Land NRW und auf Bundesebene entscheidend mitgeprägt.

Wir verlieren mit Franz-Josef Rinkens eine herausragende Persönlichkeit, einen exzellenten Fachmann und Ratgeber auf allen Gebieten der Personalratsarbeit und Berufspolitik und einen guten Freund und warmherzigen Menschen.

Wir sind alle sehr dankbar für seinen jahrzehntelangen unermüdlichen Einsatz im VBE zum Wohle aller Kolleginnen und Kollegen an den Grund-, Haupt-, Förder- und Gesamtschulen im Kreis Düren und im Land NRW.

Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie.

Wir werden seiner stets mit Hochachtung gedenken.

Udo Beckmann, Landesvorsitzender VBE NRW

Manfred Franz, Vorsitzender Kreisverband Düren

Auf den Spuren von Franz Stock

Die VBE-Senioren aus dem Ortsverband Arnsberg unternahmen ihre diesjährige Reise nach Paris und Chartres. Im Mittelpunkt standen Besuche der Wirkungsstätten des Neheimer Priesters Franz Stock, der während des 2. Weltkrieges Gefängnisseelsorger im besetzten Paris war. Für seinen unermüdlichen und gefährvollen Einsatz für die zum Tode verurteilten Widerstandskämpfer, wobei er auch Leben rettete, ist er von Franzosen als „Erzengel in der Hölle“ bezeichnet worden, und er gilt als Wegbereiter der deutsch-französischen Freundschaft.



Vor Kurzem ist der Seligsprechungsprozess von dem Paderborner Erzbischof Becker eröffnet worden.

Besonders prägend wurde die Fahrt durch die Teilnahme von Zeitzeugen: Theresa Stock, jüngste Schwester von Franz Stock und Dieter Lanz, Mitgefangener im damaligen Priesterseminar hinter Stacheldraht in Chartres, dessen Regens Franz Stock nach dem Krieg war. Die bewegendsten Eindrücke hinterließ der Mont-Valerien mit der Hinrichtungsstätte von über 1000 französischen Widerstandskämpfern am Place de l'Abbe Stock (Bild).

Neben den Erinnerungsorten wurde auch die quirlige Weltstadt Paris mit ihren Sehenswürdigkeiten vom Eiffelturm bis Notre-Dame lebendig.

Reiseleiter Siegfried Reimann hatte für informative Führungen gesorgt, wozu auch eine abendliche Bootsfahrt auf der Seine gehörte, vorbei an den im Lichterglanz erstrahlenden berühmten Bauwerken.

Werner Hümmeke





Der Kubus – das neueste Museum in Bochum

Reges Interesse fand das neueste Museum in Bochum – der Kubus im Weitmarer Schlosspark. Bei schönstem Sommerwetter hatte der STV Bochum zu einer Führung in das Museum und den angrenzenden Park mit weiteren Gebäuden, die zur „Situation Kunst“ gehören, eingeladen. Der Kubus, ein in die Ruine des im Zweiten Weltkrieg zerstörten Haus Weitmar hineingebauten Gebäudes, fügt sich wunderbar in die Umgebung ein. Zurzeit ist dort die Landschaftsausstellung „Weltsichten“ zu sehen – eine Auseinandersetzung mit Landschaft und erlebter Umwelt in Zeiten des Strukturwandels. Die Sammlung moderner Kunst der Ruhr-Universität Bochum präsentiert sich mit wechselnden Ausstellungen in den schon bestehenden Gebäuden der „Situation Kunst“. Die Teilnehmer der angebotenen Führung waren sehr angetan und ließen sich von den Kunstwerken drinnen wie draußen begeistern.

Neben dem Besuch des neuen Anbaus an das Bergbaumuseum dem „Schwarzen Diamanten“ im Frühjahr, war dies die zweite Veranstaltung des STV Bochum, die uns die Neuerwerbungen der Stadt Bochum betrachten ließ. Alle Teilnehmer waren der Meinung, es hat sich gelohnt!



Fußmarsch zur „Wiedenbrücker Schule“



Umfangreiche und höchst interessante Informationen über die „Wiedenbrücker Schule“ und die über 25 Wiedenbrücker Künstlerwerkstätten um die Zeit von 1850 bis 1920 standen im Mittelpunkt des traditionsreichen Jahrestreffens der Pensionäre innerhalb des VBE im Kreis Gütersloh.

Der Einladung zum beliebten Pensionärs-Treffen 2010 des VBE-Kreisverbands hatte Bernhard Schmalhorst (Rheda-Wiedenbrück), im Kreisvorstand für die Ruheständler zuständig, in seiner Heimatstadt vorbereitet. Beim gemütlichen Kaffeetrinken zum Auftakt des erlebnisreichen Nachmittags konnte er die Rekordzahl von 50 gut gelaunten ehemaligen Pädagogen aus den Reihen des VBE begrüßen. Es folgte ein Fußmarsch durch Wiedenbrücks Zentrum zum neuen Museum „Wiedenbrücker Schule“. In zwei Gruppen unter Leitung versierter Mitarbeiter des Heimatvereins Wiedenbrück erfuhren die Pädagogen im Ruhestand bei der gut zweistündigen und intensiven Besichtigung viel Neues über die Arbeit in den ehemaligen Wiedenbrücker Künstler-Werkstätten. Denn in den über 25 Werkstätten der Altarbauer entstand eine

Vielfalt an Altären und an Kirchenkunst damaliger Zeit. Diese wurden nicht nur im Umkreis Wiedenbrücks verkauft, sondern gingen an Käufer in ganz Deutschland und sogar in Europa und in Übersee. Das heutige Museum „Wiedenbrücker Schule“ – eingerichtet in einer mit großer Liebe zum Detail restaurierten ehemaligen Altarbauerwerkstatt an der Rietberger Straße – gibt einen einmaligen Einblick in die Arbeit der damaligen Künstler, deren Werke und die Bedeutung der Werkstätten in der Zeit um 1850 bis 1920.

Mit einem gemütlichen Beisammensein und einem gemeinsamen Abendessen schloss das Treffen. Auf großes Interesse der VBE-Pensionäre stießen beim Spaziergang durch Wiedenbrück weitere aktuelle Kunstwerke – die „Alltagsmenschen“. Diese prägen und beleben seit einigen Jahren vom Frühjahr bis zum Herbst das Stadtbild. Voll des Lobes waren die Teilnehmer über die Veranstaltung, dankten Bernhard Schmalhorst für die ausgezeichnete Organisation und freuen sich bereits auf das nächste Treffen im Jahre 2011.



Die VBE-Pensionäre aus dem Kreis Gütersloh zu Beginn ihres Jahrestreffens am Wiedenbrücker Emssee mit der St.-Aegidius-Kirche im Hintergrund und Organisator Bernhard Schmalhorst (links). Im Mittelpunkt des erlebnisreichen Nachmittags stand ein Besuch des Museums „Wiedenbrücker Schule“.
Text und Bild: Wieneke

Personelle Veränderung im VBE-Referat Schwerbehindertenvertretung

Nach über 5-jähriger Tätigkeit als Schwerbehindertenvertreterin des VBE-BV Detmold ist Frau Gabriele Reichel zum 31.07.2010 aus dem Referat ausgeschieden. Im Namen des Landesvorstandes dankten ihr die Mitglieder des Referates für ihre engagierte und konstruktive Mitarbeit. Sie hat die Arbeit des Referats mit viel Einsatz vorangetrieben. Zuletzt war Gabriele Reichel an der Erarbeitung des neuen Flyers „Basiswissen für schwerbehinderte Lehrkräfte“ aktiv beteiligt. Besonders die Beratung hilfesuchender Mitglieder auf Kreis- und Bezirksebene war stets ein wesentlicher Schwerpunkt ihrer Arbeit im VBE. Mit einem Blumenstrauß, einem herzlichen Dankeschön und den besten Wünschen für ihren neuen Lebensabschnitt wurde Gabriele Reichel von der Leiterin des VBE-Referates



v. l.: Inge Meyring, Sabine Rojahn, Gabriele Reichel, Hubert Graskamp, Walter Arretz, Simone Buchner

Schwerbehindertenvertretung, Sabine Rojahn, und den Referatsmitgliedern verabschiedet.

Nachfolgerin für den BV Detmold ist Frau Ulla Jütte, die zur Verabschiedung leider nicht anwesend sein konnte.



Senioren

DEMENZ

ein unausweichliches Altersschicksal?

Bericht von einer Fachtagung

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren Organisationen (BAGSO) führte am 18. Mai in Bonn eine eintägige Informationsveranstaltung mit namhaften Wissenschaftlern an.

Schon der Eingangsvortrag der BAGSO-Vorsitzenden, Frau Prof. Dr. Ursula Lehr, spricht ohne Umschweife die unausweichliche gesellschaftliche Entwicklung an, die sich durch die Kumulation von zunehmender Überalterung und steigender Altersdemenz zu einem größeren Anteil Pflegebedürftiger führen wird. „In den nächsten 40 Jahren wird sich der prozentuale Anteil der über 80-Jährigen verdreifachen, der über 90-Jährigen mehr als vervierfachen. Zurzeit leben etwa 1,5 Millionen Demenzkranke in Deutschland, davon wird fast 1 Million zu Hause versorgt.“ Mit zunehmendem Lebensalter steigt der Anteil der Pflegebedürftigen.“ Während in der Gruppe der 80-85-Jährigen noch 81 % alltagskompetent sind, sind es bei den 85-90-Jährigen 40 %. Entsprechend leben 6,5 % der 80-85-Jährigen im Heim, 15 % der 85-90-Jährigen und 28,6 % der über 90-Jährigen.



Die Anteile demenziell Erkrankter betragen (geschätzt) rund 13 % bei den 80-85-Jährigen, 24 % bei den 85-90-Jährigen und 34-35 % bei über 90-Jährigen. „Die heute noch weit verbreitete Angehörigen-Familienpflege stößt an ihre Grenzen.“

In diesem Zusammenhang legt Prof. Dr. Wolf Oswald, Universität Erlangen-Nürnberg, Zahlen vor, die diese Einschätzung noch verstärken. „Im Jahre 1880 kamen auf einen über 75-Jährigen 79 Jüngere, d. h. mögliche Pflegekräfte“, im Jahr 2008 nur noch 10,7 und im Jahr 2050 wohl nur noch 3,9 Jüngere.

Im weiteren Verlauf trugen Prof. Dr. Andreas Kruse, Universität Heidelberg, und Prof. Dr. med. HG. Nehen, Geriatrie-Zentrum Haus Berge, Essen, Ergebnisse ihrer Studien und Behandlungsmöglichkeiten vor.

Den ausführlichen Bericht kann man unter www.vbe-nrw.de in der Rubrik **Publikationen/Service Zeitschriften** downloaden. Er kann auch als Ausdruck bei der Landesgeschäftsstelle angefordert werden.

Gerhard Kurze
Referat Senioren

Der KrisenKompass – Prävention und Intervention

Das neue Handbuch ist ein wertvolles und unverzichtbares Plus zu bestehenden Notfallplänen.



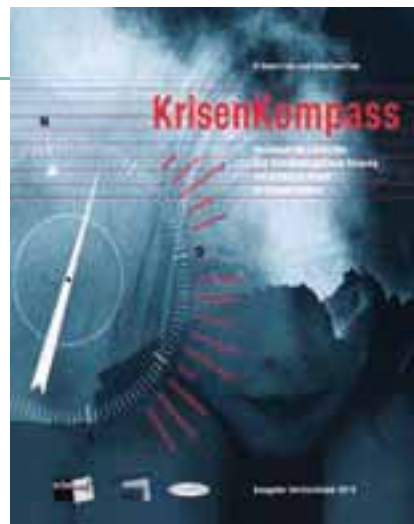
Christian Randegger,
lic. theol., Geschäftsführer edyoucare, 0041 79 794 29 00
Projektleiter KrisenKompass, Mitautor und Redakteur, Kriseninterventionstrainer, Notfallseelsorger

Wertvolles plus zu Notfallplänen

Das neue Handbuch für den Umgang mit schweren Krisen im Kontext Schule hat als Mehrwert zu vielen Notfallordnern einen großen Anteil an Hinweisen zur Prävention bei niederschweligen Krisen, die sich bei Nichtbeachten zu einer lebensbedrohenden Krise und zu einem Notfall entwickeln können. Es ergänzt bestehende Notfallpläne in mehreren Bereichen: der KrisenKompass umfasst mit über 250 Seiten eine Fülle zusätzlicher (neuer) Themen wie z. B. Würgespiele, Kinder und Jugendliche aus kriegstraumatisierten Ländern, sexuelle Aggression unter Jugendlichen usw. Der KrisenKompass nennt die Dinge beim Namen. Beispielsweise raten andere Handbücher bei Suizidalität nur kurz „Jeden Hinweis ernst zu nehmen“. Der KrisenKompass listet dagegen die 12 wichtigsten Warnhinweise von Suizidalität auf. Er bietet Anleitung zur Selbstwahrnehmung, weist auf die Schwierigkeit bei der Trauerverarbeitung hin und gibt Tipps zur Bewältigung des Alltags nach einem traumatischen Ereignis. Statt bloße Hinweise auf Musik, Songtexte und Bilder liefert der KrisenKompass eine Fülle von Songtexten, ausformulierten Symbolhandlungen, Gebeten, Bildern und Anleitungen zu kreativer Trauerverarbeitung oder zur Gestaltung einer überkonfessionellen Gedenkminute gleich mit.

Offenes System

Der KrisenKompass ist als Ringordner aufgebaut und erlaubt damit das Einlegen von eigenem Material wie Evakuationsplänen, Ablaufschemen, Krisenszenarien, Checklisten, bewährtem Material, Notfalltelefonnummern. Die fünf Register Krisen, Tod, Abschied, Hintergrund und Krisenmanagement sind als einzelne Broschüren gebunden. Das sechste Register Zusatzmaterial besteht aus Einzelblätter, damit die literarischen Texte, Gebete, Symbolhandlungen, Abschiedsrituale einfacher kopiert werden können. Zusätzliche Fotos ermöglichen eine besondere Methode der Trauerverarbeitung. Im Weiteren liegen Checklisten über Krisenteamsitzungen oder eine Liste für die örtlichen Notfallnummern bei, die ausgedruckt und ergänzt auf der Deckelinnenseite eingefügt werden kann.



Kostenlose Updates

Die interaktive website www.edyoucare.net bietet über eine Wissenscommunity den Austausch von Fachwissen, konkreter Hilfestellung oder Fragen zu anstehenden Krisen. Der KrisenKompass ist ein Dauerwerk und wird laufend aktualisiert und erweitert: Ab Herbst 2010 gibt es im deutschsprachigen Europa drei maßgeschneiderte Ausgaben. Jede ländertypische Fassung wurde in Zusammenarbeit mit Fachleuten aus den jeweiligen Ländern entwickelt. Gleichzeitig erarbeitet eine renommierte Münchner Firma eine webbasierte Version für Blendet-Learning. Zudem werden kostenlos sämtliche im KrisenKompass abgedruckten Musterbriefe und Checklisten zum Download angeboten. Alle im Handbuch aufgeführten Links führen aktiv auf die empfohlenen Seiten weiter. Über 100 zusätzliche Literaturhinweise und Songtexte zur Trauerverarbeitung ergänzen die Printausgabe. Auf Facebook wurde eine Gruppe zum KrisenKompass gegründet. Denn hilfreich ist die rezeptbuchartige Aufbereitung der komplexen Themen auch für junge Leiterinnen und Leiter aus Jugendgruppen oder Freizeitvereinen.

Personell (an-)greifbar

Im Hintergrund des KrisenKompass steht edyoucare, die internationale Fachstelle für Gewaltprävention, Krisenintervention und Trauerbegleitung. edyoucare ist politisch und konfessionell neutral und vereint zurzeit rund 15 Fachleute aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Wissenschaftlich begleitet wird edyoucare durch die UMIT – Private Universität für Gesundheitswissenschaften, Medizinische Informatik & Technik in Hall, (A). Die Autoren des KrisenKompass stehen im In- und Ausland für Weiterbildung zur Verfügung und garantieren damit eine gleichbleibende hohe Qualität im Bereich Gewaltprävention, Krisenintervention und Trauerbegleitung.

Partnerschaften

Drei Fachinstitute aus Stuttgart, München und Berlin haben den Inhalt überprüft. Somit fließt

aktuellstes Fachwissen aus den drei Ländern Deutschland, Österreich und der Schweiz in knapper Form in den KrisenKompass ein. Für die Zusammenarbeit im Schulbereich fand edyoucare im VBE, Verband Bildung und Erziehung, einen kompetenten und engagierten Partner.

Handbuch für jede Lehrperson

In Kombination von KrisenKompass und örtlichen Konzepten können die Verantwortlichen im Kontext Schule das Mögliche tun, um eine gewaltfreie, von gegenseitiger Achtung geprägte Atmosphäre zu schaffen. Damit steigt die innere Motivation und die mentale Stärke von Schulleitung, Lehrkräften oder Behörden, um auch bei größeren Krisen sachgemäß reagieren zu können. Wenn früh genug auf (Cyber-) Mobbing, Slapping, Drohungen, Erpressung, selbstverletzendes Verhalten, Vandalismus, depressive Störungen, häusliche oder sexuelle

Gewalt adäquat reagiert wird, wenn sich Schulleitung und Lehrkräfte zutrauen, hinzusehen, sachgemäß zu reagieren und im entscheidenden Moment zu delegieren, also Fachstellen beizuziehen, dann kann auch ein allfälliger Suizid oder Amoklauf präventiv vermieden werden.

„KrisenKompass – Handbuch für den Umgang mit schweren Krisen im Kontext Schule“, Ausgabe 2010/11, 188 Seiten in 5 einzelnen Broschüren: „Krisen“, „Tod“, „Abschied“, „Hintergrund“, „Krisenmanagement“ und 45 Seiten Zusatzmaterial, A-4-Ordner

Preis für VBE-Mitglieder 42,00 EUR, regulär 49,80 EUR

Schriftliche Bestellungen bitte an:

VBE Verlag NRW GmbH,
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund
Telefax: 0231 – 43 38 64, E-Mail: info@vbe-verlag.de

Büchermarkt

Julius GmbH & Co. KG Beltz (Hrsg.) Pädagogik 7-8/2010

Reformpädagogik – Nähe – Distanz
Best.-Nr.: 46867, Preis: EUR 9,00



Seit der öffentlichen Diskussion über Missbrauchsfälle steht auch „die“ Reformpädagogik plötzlich auf dem Prüfstand. Insbesondere die Bedeutung der Erziehung beim Lernen und die Frage von Nähe und Distanz werden leidenschaftlich diskutiert. Der Schwerpunkt der jetzt erschienenen Juli/August-Ausgabe der PÄDAGOGIK greift das Thema mit neuer Perspektive auf. Um etwas mehr Klarheit in die Diskussion zu bringen, schreiben Expert(inn)en aus Praxis und Wissenschaft Beiträge, Denkanstöße und Kontroversen: Joachim Bauer, Hans Brügelmann, Gerhard Eikenbusch, Alfred Hinz, Ulrike Kegeler, Jürgen Oelkers, Otto Seydel, Heinz-Elmar Tenorth und Klaus-Jürgen Tillmann.

Wir feiern die Einheit

Der Mauerbau, das Leben in einer Diktatur, die friedliche Revolution und die deutsche Einheit – mit den neuen Grundschulmaterialien „Wir feiern die Einheit!“ erhalten Sie Anregungen, wie Sie politische Bildung und Geschichtsbewusstsein spannend und kreativ vermitteln können. Die Unterrichtseinheit verbindet Lern- und Spielelemente, die sich zum sofortigen Einsatz im Unterricht eignen und den Kindern den Zugang zur Geschichte erleichtern. Die Arbeitsblätter und das Spiel der deutschen Einheit „Die Mauer muss weg!“ bieten besondere Möglichkeiten, die Kreativität und Aktivität der Kinder zu fördern.

Die Unterrichtsmaterialien wurden von capito Bildungskommunikation gemeinsam mit Grundschullehrern und Vertretern des Grundschulverbands entwickelt und von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Bundesministerium des Innern gefördert. Die Materialien sind für die Grundschullehrer kostenfrei. Sie können unter www.capito.de (Pädagogebereich) bestellt und ab dem 10. September dort heruntergeladen werden.



Gabriele Frydrych Von Schülern, Eltern und anderen Besserwissern

Aberwitz im Schulalltag
Piper 2010-08-20
ISBN: 9783492254588, Preis: 8,95 EUR

Gabriele Frydrych, erprobt durch viele Jahre hinter dem Pult, liefert augenzwinkernd und mit bissigem Humor Einblicke in den aberwitzigen Alltag im Klassenzimmer. Die handelnden Personen: Pubertierende Ungeheuer, hauptberufliche Mütter, notorische Erziehungsverweigerer, besserwisserische Kollegen und überforderte Schulleiter. Frydrychs scharfem Blick entgeht nichts; ihre spitze Feder zeichnet den ganz normalen Wahnsinn „Schule“ auf.



Unsere Jugendzeitschriften



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Schule hat wieder angefangen. In den ersten Wochen regeln wir viele Dinge, die das ganze Schuljahr betreffen. Dabei sollten wir auch an Lesestoff für unsere Schülerinnen und Schüler denken. Unsere Kinder brauchen Lesestoff-Begleitung fürs ganze Schuljahr: unsere, vom VBE herausgegebenen, pädagogisch anerkannten Schul-Jugendzeitschriften! Empfehlen wir sie den Eltern und Kindern zum regelmäßigen Bezug!

Silke Eckart,

Schulleiterin, pädagogische Schriftleiterin für NRW

FLOHKISTE für die 1. Klasse



Nr. 22
(erscheint am
20. September):

Schulbeginn

Mit dem Schulbeginn gibt es für alle Regeln, damit es im Zusammenleben klappt. Aber es gibt auch Tipps, wie die Schultasche nicht zu schwer wird und langes Sitzen nicht zu mühsam.

ich TU WAS! – die WISSENSzeitschrift für Mensch – Natur – Technik – Umwelt

Ausgabe 1 für die 1. bis 3. Schulstufe



September:
Runter vom Berg!

„Almabtrieb“ – Schluss mit den Kuhferien. Das schöne Herbstwetter, das Wanderer auf die Gipfel lockt, kann sich jederzeit ändern: Der Winter lässt schon grüßen. Pflanzen und Tiere sind darauf eingerichtet.

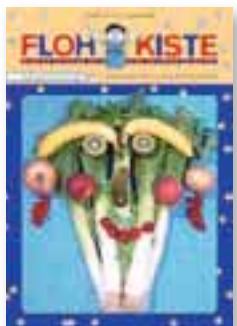
Ausgabe 2 ab der 4. Schulstufe



September:
Naturlandschaft Heide

Die Heide färbt sich rot: das Heidekraut blüht. Die baumlose Landschaft haben Menschen vor rund 5000 Jahren durch Feuer geschaffen. Später halfen Schafe mit. Tier des Monats: die Heidschnucke.

FLOHKISTE für die 2. Klasse



Nr. 21
(erscheint am
6. September):

Herbstzeit – Erntezeit!

Frisches Obst und Gemüse kommt von überall her. Dennoch: Bei uns ist jetzt Erntezeit. Frucht, Blüte, Blatt oder Wurzel – was essen wir da? Steinobst, Kernobst, Beere welches Obst ist was?



Nr. 22
(erscheint am
20. September):

Lernen lernen

In unserem Gedächtnis ist viel mehr Merkplatz vorhanden als wir nutzen. Wenn wir trotzdem manchmal meinen, ein „Sieb im Kopf“ zu haben, dann brauchen wir nur ein paar Tricks zu lernen, wie wir uns etwas besser merken können.

O!KAY! – Start with English



Nr. 9
In the classroom

Erkundungstour im Klassenzimmer! Was kann man öffnen und schließen? Wo kann man sich hinsetzen und wieder aufstehen? Die New words in diesem Heft lauten: *door, window, open, close, floor, wall, sit down, stand up.*

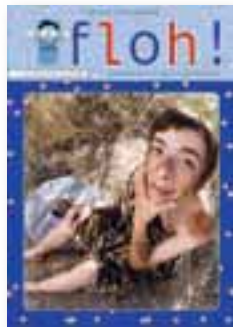
floh! für die 3. und 4. Klasse:



Nr. 21
(erscheint am
6. September):

Vorsicht, giftig!

Tiere setzen Gifte ein, um ihre Beute lähmen und töten zu können. Pflanzen wehren sich mit Giften gegen hungrige Tiere. Und wir Menschen müssen uns vor Giften überall in der Natur schützen ...



Nr. 22
(erscheint am
20. September):

Der Urmensch in uns

Schimpfende Autofahrer, streitende Nachbarn: Solche Verhaltensformen können nach Ansicht von Forschern ein Erbe aus der Steinzeit sein. Wie viel „Urmensch“ steckt denn noch in uns?

O!KAY! – Go on with English



Nr. 9
Ghosts

Hier spukt's! Wo? In der September-Ausgabe natürlich! Denn in diesem Monat dreht sich alles um das Thema „Ghosts“. Diesmal lauten die New words: *hide, look for, dance, sing, wirte, knock, fly* und *meet*.

Unsere Jugendzeitschriften können Sie online oder per Fax unter www.domino-verlag.de (entsprechendes Fax-Formular ist abrufbar!) bestellen.

Deutscher Lehrertag 2010



FÖRDERN & FORDERN

Weiterbildungstag von VBE, VdS Bildungsmedien, Stiftung Partner für Schule NRW, Arbeitskreis Hauptschule

Freitag, 19.11.2010, von 10.00 bis 16.30 Uhr

Kongresszentrum Westfalenhallen Dortmund • Rheinlanddamm 200, 44139 Dortmund

Hauptreferate

Fördern und Fordern. Eliten und Bildungssysteme

Prof. Dr. Michael Hartmann (TU Darmstadt)

Besser lernen. Hirnforschung und Pädagogik

Prof. Dr. Manfred Spitzer (Universitätsklinik Ulm)

Workshops

Von „starken Päckchen“ bis „Zahlenmauern“ –
Aufgabenformate zum Fordern und Fördern aller Kinder
Dr. Claudia Lack (Justus-Liebig-Universität Gießen)

Individuell fördern – aber wie? – Anregungen
zum Unterrichten in heterogenen Gruppen
Dr. Heinz Klippert (Fortbildungsinstitut EFWI Landau)

Individuelle Förderung und standardisierte
Leistungsüberprüfung – Die Quadratur des Kreises?!
Susanne van Treeck (Studienseminar Oberhausen)

Wege zu einer kompetenzorientierten Diagnose
von mathematischen Schülerleistungen in der Sek. I
Sabine Kliemann (Universität Duisburg-Essen)

Individuell unterrichten in der Praktischen Philosophie

StD Dr. Jörg Peters (Studienseminar Kleve), StD Dr. Bernd Rolf (Studienseminar Krefeld)

Berufsorientierung: Ein zentrales Element der Schulentwicklung

Ludger Reiberg (Stiftung Partner für Schule NRW)

„Komm Mit! – Fördern statt Sitzenbleiben“

Prof. Dr. Andreas Helmke – angefragt – (Universität Koblenz-Landau),
Dr. Michael Gasse (MSW NRW), Jutta Endrusch (VBE)

Wo die Sprache zu Hause ist

Prof. Dr. Heiner Böttger (Kath. Universität Eichstätt-Ingolstadt)

Neue Wege zur Vermittlung von Sprach- und Schreibkompetenz

Dr. Sabine Krome (Rat für deutsche Rechtschreibung)

Ist ein Aufstieg durch Bildung wirklich möglich?

Prof. Dr. Michael Hartmann (TU Darmstadt)

Professioneller Umgang mit schwierigen Schülern

Prof. Dr. Kurt Czerwenka (Leuphana Universität Lüneburg)

Programm und Anmeldung: www.deutscher-lehrertag.de

Anmeldeschluss: 15. Oktober 2010

Teilnahmegebühr: 20,- € (VBE-Mitglieder 10,- €)

FLOHs

Ideenkartei

Mathewerkstatt

Damit 1 + 1 nicht 11 ergibt!



Wer als Kind erfolgreich mit der Mathematik umgehen will, der muss bestimmte Basiskompetenzen, wie Zählen, Eins-zu-eins-Zuordnung, Erkennen von Größenverhältnissen, räumliches Vorstellungsvermögen mitbringen oder möglichst schnell erwerben. Ein solches Training führt dann am schnellsten und effektivsten zum Erfolg, wenn es handelnd geschieht und Spaß macht.

In der neuen Ideenkartei Mathewerkstatt wurden 40 Vorschläge zusammengetragen, die das Rechnen für Kinder begreifbar machen. Die Themen wurden so gewählt, dass der Zahlenraum bis 100 erfasst wird.

40 Karten, DIN A5

Best.-Nr. 516626

Preis: 12,90 Euro

FLOHs Ideenkartei

Deutsch

Sprechen und Gespräche führen. Sprachspiele und Gesprächsregeln, Übungen zum Sprechen und mündlichen Erzählen



Das Erzählen persönlicher Erlebnisse und eigener Erfahrungen ist für Schulkinder sehr wichtig und spielt auch im Alltag eine große Rolle. Der Austausch alltäglicher Erlebnisse dient dem gegenseitigen Kennenlernen und fördert das Ich-Bewusstsein sowie das Selbstwertgefühl. Kinder können auf diese Weise selbstständig altersgerechte Themen aufgreifen, zugleich wird ihre mündliche Ausdrucksfähigkeit geschult. Darüber hinaus ist es wichtig, dass Kinder lernen, folgerichtig und in logischen Zusammenhängen zu erzählen. All dies lässt sich mit vielfältigen Übungsformen trainieren.

40 Karten, DIN A5 für die Klassen 1-6

Best.-Nr. 516615

Preis: 12,90 Euro

Bestellungen bitte an:

VBE Verlag NRW GmbH
Westfalendamm 247
44141 Dortmund

Telefon: 0231 – 42 00 61
(mo. bis do. 9.30 – 15.30 Uhr,
freitags 10.30 – 13.30 Uhr)
Telefax: 0231 – 43 38 64

www.vbe-verlag.de
mit Online-Shop
info@vbe-verlag.de

Innerhalb Deutschlands portofreier Mindestbestellwert 30,- EUR, andernfalls Porto- und Versandkosten 3,00 EUR.



Verband Bildung und Erziehung
Landesverband NRW